

Name: Michaela Steiner

Landratskandidat: parteifrei, nominiert Freie Wähler

1. Wie sehen Sie die Kapazität, in der im Landkreis Dachau Sozialwohnungen und Obdachlosenunterkünfte für betroffene BürgerInnen zur Verfügung stehen?

Im Landkreis und in der Stadt Dachau haben wir zu wenige Sozialwohnungen. Im Moment decken die Sozialwohnungen nicht einmal die Hälfte des Bedarfs. (Siehe Armutsbericht 2013, Caritas, Katholikenrat S. 51+52)

Mir ist bekannt, dass einige Gemeinden wenige oder keine Sozialwohnungen bieten. Es ist eine Erhebung über den Bedarf und Angebot notwendig, dies muss geprüft und bearbeitet werden. Die Situation am Wohnungsmarkt ist leider angespannt. Der soziale Wohnungsbau wurde lange vernachlässigt. Für die bezugsberechtigten Personen von Sozialwohnungen wird sich die Situation in naher Zukunft nicht wesentlich verbessern. Die Schere zwischen arm und reich wird größer werden. Es wird eines der wichtigsten Aufgaben für die Politik sein, diese Situation in Griff zu bekommen.

2. Wie planen Sie der wachsenden Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum gerecht zu werden?

Ich möchte die interkommunale Zusammenarbeit voran treiben. Es gehören alle Gemeinden an einen Tisch. Es müssen geeignete Grundstücke gefunden und gekauft werden. Gleichzeitig müsste eine zügige Umsetzung von staatlichen Wohnungsbauprogrammen durchgeführt werden. Es wird für die Politik nicht einfach sein, in den "überhitzten" Wohnungsmarkt regulierend einzugreifen.

Ich sehe Potential in eine Entwicklung von Einheimischen-Modellen und geförderten Miet-Wohnungsbau und auch gefördertes Wohn-Eigentum. Denn Wohnen in der eigenen Immobilie ist aktive Maßnahme gegen Altersarmut. Genossenschaftlich finanzierte Wohnungen könnten auch eine Lösung sein. Der Landkreis sollte sich festgesteckte Ziele setzen, um die Brisanz zu untermauern.

3. Inwieweit ist die Nachfrage der BewohnerInnen im Landkreis nach Kinderbetreuungsangeboten gedeckt?

Bitte antworten Sie in %-Angaben, 100% bedeuten, dass noch Spielraum für Neuzuzüge oder Notfälle besteht.

Krippe	90% (Kommunale Aufgabe)
Kindergarten	100% (Jedes Kind hat Anspruch auf einen Kindergartenplatz)
Hort	70% (Kommunale Aufgabe)
Ganztagschule	30% (Soweit mir bekannt ist, gibt es keine Erhebungszahlen zum Bedarf an Ganztagesklassen)

Soziale Dienste - Ambulante Pflegedienste - Essen auf Rädern - Fahrtendienst - Jugend- und Elternberatung -Kindergärten Nazareth und Arche Noah
Kinderkrippe Storchennest - Kinderhaus Mariä Himmelfahrt - Kontaktstelle für Menschen mit Behinderung - Treffpunkt 50+ - Schuldnerberatung
Sozialpsychiatrische Dienste

Träger: Caritasverband der Erzdiözese München und Freising e. V., Hirtenstr. 4, 80335 München
Vorstand: Prälat Hans Lindenberger (Vorsitzender),
Wolfgang Obermair, Klaus Weißbach
Vorsitzende des Caritasrats: Dr. Elke Hümmeler

Eingetragen im Vereinsregister des
Amtsgerichts München: VR-Nr. 7706
Vom Finanzamt München für Körperschaften
als mildtätig und gemeinnützig anerkannt
Steuernr. 143/212/00223



Welche Änderungen oder Erweiterungen betreffend Kinderbetreuungsangebote planen Sie?

Als Landrätin bin ich für weiterführende Schulen zuständig. Das 4. Gymnasium soll ein Ganztagesgymnasium werden. Das Effner-G. bietet bereits ein verlängertes Betreuungssystem an. Es wäre gut, wenn auch das Taschner-G. das Gy-Markt Indersdorf sowie die Realschulen nachziehen würden. Ein Ganztagesssystem wird von vielen Eltern gewünscht. Bis 2030 wird ein Schülerzuwachs von 8,7% prognostiziert.

4. Welche Möglichkeiten sehen Sie um im Landkreis Dachau in Zukunft Bildungsgerechtigkeit für Kinder und Jugendliche unabhängig vom Elternhaus zu fördern? Wie und in welchem Zeitrahmen könnten diese praktisch umgesetzt werden?

Die Freien Wähler plädieren u.a. für die Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 um zumindest etwas Druck abzubauen. Das Bürgerbegehren läuft zur Zeit. Viele Kinder haben durch den hohen schulischen Leistungsdruck wenig Zeit für ehrenamtliche Tätigkeiten. Das Modell der Gemeinschaftsschule, die den Übertrittsdruck vermindert, scheint ein förderwürdiges Modell für mehr Bildungsgerechtigkeit zu sein. Unser Bildungssystem steuert darauf zu, daß Bildungschancen auch vom Einkommen der Eltern abhängig sind. Der Landkreis kann nicht-kommerzielle, ehrenamtliche Initiativen fördern, die z. B. Sprach- oder Nachhilfeangebote anbieten. Ein großes Anliegen ist, den Brückenschlag von Schulbildung zu Beruf zu verbessern. Ein Ganztagesangebot der Schulen wirkt sich aus Chancengleichheit aller Schüler aus. Pädagogisches Gesamtkonzept
Ein Angebot von Privatschulen (Meisterschulen oder BOS und weitere FOS) muss geprüft werden und kann als Alternative angeboten werden. Ein zeitlicher Rahmen ist sehr schwer festzulegen.

5. Welche konkreten Maßnahmen könnten auf kommunaler Ebene getroffen werden um dem Thema Altersarmut zu begegnen bzw. es zu entschärfen?

Leider gibt es viele Gründe von Altersarmut in allen Bevölkerungsgruppen.
Die Vernetzung in der Familie oder der sozialen Gemeinschaft wirkt mildernd auf die Altersarmut.
Leider nimmt diese immer mehr ab.
Folgende Ziele wären zu fokussieren:
Verbesserung der Informations- und Beratungsarbeit für pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen. Aufsuchende Beratung „vor Ort“. Die Betreuung muss zu den Menschen kommen.
Ausbau der haushaltsnahen Dienste für Seniorinnen und Senioren und der Entlastungsangebote für pflegende Angehörige.
Förderung von Selbsthilfe- und Ehrenamtlichen Projekten.
Aufbau eines Programms: Senioren-WG's als neue Idee.
Ausbau integrierter, selbstbestimmter Wohnprojekte für pflegebedürftige Menschen und Menschen mit Behinderung.
Mobilität auch für nicht-motorisierte Mitbürger sichern.
Barrierefreiheit und behindertengerechter Nahverkehr.

6. Die „Teilhabe am gesellschaftlichen Leben“ ist für alle Bürger ein Grundbedürfnis. Haben Sie schon Ideen, wie zukünftig möglichst alle - auch finanziell schlechter gestellte - Bürger am gesellschaftlichen Leben teilhaben können? (Kultur, Geselliges, „mal einen Kaffee trinken gehen“, Sport,...)

Die gesellschaftliche Teilhabe ist umso schwieriger, wenn durch die Lebensumstände die Hemmschwellen noch größer werden. Seitens der Verwaltung können Hemmschwellen reduziert werden. Z.B. Berechtigte motivieren, die Unterstützung durch das Teilhabe- und Bildungspaket zu nutzen. Besonders die Sprachförderung ist wichtig als Grundlage für gesellschaftliche Teilhabe. Es gibt ein Programm in München (Kulturraum) und in Berlin (Kulturloge), wo Kultur- und Kunstveranstaltungen Tickets freigeben und über eine Koordinierungsstelle an interessierte Bedürftige kostenlos weitergeben.

Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist auch ein Thema für viele „Neubürger“ im Landkreis. Man kann immer nur auffordern und die Lust zum mitmachen wecken. Es ist eine Herausforderung für alle Gremien und Vereinen in den Gemeinden. Der Landkreis kann unterstützen und zusammen mit den Institutionen vor Ort Programme entwickeln die „Türen zu öffnen“

7. Sollte der Landkreis Dachau Ihrer Meinung nach noch mehr Unterkünfte für Asylbewerber zur Verfügung stellen bzw. sich in diesem Bereich engagieren? Würden Sie langfristige Pläne unterstützen, Asylbewerberunterkünfte in das Gemeindeleben der Kommunen im Landkreis zu integrieren? In welcher Weise würden Sie die Integration von Asylbewerbern in ihr neues Lebensumfeld unterstützen?

Gesamtpolitisch muss eine Integrationspolitik entstehen. Unter Anderem ist das Arbeitsverbot ein großes Problem.

Asylbewerber sind oft stark traumatisiert. D. h. der Umgang mit den Menschen muss dies stärker als bisher berücksichtigen. Einer der wichtigsten Maßnahmen sind Sprachangebote. Die Kenntnis der deutschen Sprache ist wichtig um gehört zu werden, die eigenen Befindlichkeiten zu äußern und für gesellschaftliche Teilhabe. Institutionelle und ehrenamtliche Initiativen sollen gefördert werden. Über Sport und Kultur kann Nähe und Kennenlernen hergestellt werden. Eine Unterbringung in den Gemeinden wäre dezentral ist von Vorteil, so dass keine "Ghettos" entstehen und die Asylbewerber schneller integriert werden können. Für anerkannte Asylbewerber gilt die gleiche Problematik des bezahlbaren Wohnraums wie für Bürger mit geringen Einkommen.

8. Was gehört für Sie zu einem „Leben in Würde“ (bezogen auf das Thema Armut)? Welche Möglichkeiten sehen Sie um mit Ihrem angestrebten politischen Amt ein solches zu fördern?

Leben in Würde heißt autonom und selbstbestimmt zu leben. Dabei gelten ähnliche Maßnahmen, die auch für ein autonomes und selbstbestimmtes Leben im Alter wichtig sind. Oft ist Armut mit körperlicher Beeinträchtigung verbunden.

Verbesserung der Informations- und Beratungsarbeit. Aufsuchende Beratung „vor Ort“.

Die Unterstützung/Hilfe muss zu den betroffenen Personen kommen und nicht umgekehrt.

Förderung von Selbsthilfe- und Ehrenamtlichen Projekten.

Ausbau integrierter, selbstbestimmter Wohnprojekte.

Mobilität ermöglichen.

Barrierefreiheit und behindertengerechter Nahverkehr.

Öffentlichkeitsarbeit, um die Bevölkerung darüber in Kenntnis zu setzen.

9. Was wollen Sie nach der kommenden Legislaturperiode in Ihrem Amt für den Landkreis Dachau im sozialen Bereich erreicht haben?

Verbessertes bürgerschaftliches Engagement in Vereinen Institutionen und Initiativen.

Der Landkreis soll ein gutes Stück lebenswerter und liebenswerter in allen Lebensabschnitten für Familien und Senioren sein. Durch verbesserte Bildungs- und Betreuungsangebote, wohnortnahe Arbeitsplätze, Mobilitätsangebote auch für Senioren oder Nicht-motorisierte Bürger, wohnortnahe ärztliche Versorgung sowie mehr bezahlbarer Wohnraum um generationsübergreifend miteinander zu leben.

Ich möchte als Bürgerin mit allen Bewohnern des Landkreises in 10 und 20 Jahren noch in unserer schönen Heimat sehr gut leben.